

### 37. Die Herausforderung der Stunde: Das politische Zentrum der Demokratien gegen Polarisierung und Populismus behaupten. Der Weg: Hin zu Mitte-Positionen im Dienst von Aufklärung, Transparenz, Praxisnähe und Modernisierung

Man mag bei alledem im deutschen Sprachraum vom oben Ausgeführten vor allem den perspektivischen Begriff „konstruktiver Nationalismus“ als abschreckend empfinden – auch noch in seiner Dettling'schen Uminterpretation. Zweifellos ist er in Zentraleuropa gerade für historisch bewusste Volksparteien nicht weit entfernt von einem Reizbegriff. Es gilt ihn mit größter Vorsicht zu handhaben, weil seine Begleittöne hier, wie anderswo, auch entgleiten können. Auch gilt es, die andersartige geographische, geopolitische, sozio-kulturelle und ökonomische Situation des deutschsprachigen Raums im Vergleich sowohl zu „nordischem“ wie anglophonem Raum anzuerkennen. Dadurch fallen direkte Übertragbarkeiten von Modellen weg. Aber die Anregung, die vom „nordischen Modell“ für eine Erneuerung der Ausrichtung von Volksparteien im deutschsprachigen Raum ausgeht, ist gegeben. Sie kann sowohl progressiv wie konservativ ausgestaltet werden, und sie bietet dabei viele Spielräume zwischen beiden Optionen. Deshalb sollte sie als Teil der Erneuerungsdebatte begriffen werden.

Darüber hinaus benötigt die Selbsterneuerungsdebatte für ein zukunfts-fähiges Format Volkspartei jedoch einige weitere Zutaten, die wir in diesem Text ansatzweise zu identifizieren versucht haben. Darunter ist an erster Stelle die Abkehr von Übertreibungen von „Bewegungspartei“-Dynamik – und die Rückkehr des politischen Zentrums zu seinen eigentlichen Aufgaben an seinem angestammten Ort im politischen Spektrum.

Und: Volksparteien sollten wieder bewußt „Volksparteien“ sein. Dazu müssen sie die zuletzt übertriebene Angst davor ablegen, „populistisch“ zu sein – und auch in ihrer eigenen Sprache wieder näher ans Volk rücken. „Populismus“, im euphemistischen Sinn verstanden, ist in einer Demokratie etwas prinzipiell Gutes; es kommt aber alles auf das Wie an. Um den „guten“ Populismus zu pflegen, müssen die Politiker einer Volkspartei, vielleicht mehr als andere, wieder Position „mit Kante“ beziehen, ohne auszugrenzen – auch und gerade gegen den „schlechten“ Populismus.

### *37. Das politische Zentrum der Demokratien behaupten*

Sie müssen die Neutralisierung der eigenen historischen Herkunft und kulturellen Heimat, die Abkehr von Leitkultur im Sinn einer „Dekulturalisierung“ und eine zuweilen übertriebene politische Korrektheit und „Toleranz gegen die Intoleranz“ im eigenen Einflussbereich ablegen.

Volksparteien müssen vor allem eines verstehen: es geht gar nicht um „Volkspartei“ – weder um den Begriff noch um das Format, letztlich nicht einmal um den Ort im Parteiensystem. Sondern es geht um die Erneuerung der politischen Mitte. Vielleicht können diese Rolle künftig auch andere ausfüllen. Dann wäre die eigene Aufgabe erfüllt, der Zenit gut überschritten – und weitergegeben. Bislang gibt es allerdings wenig Hinweise darauf. Deshalb ist der sicherere Weg: Mitte-Parteien sollten von „schwachen“ wieder zu „starken“ Parteien werden. Und wenn auch nur, um sich zu verändern.

Aber: Solange eine erhebliche Anzahl der Bürger das Gefühl hat, dass die „starke“ Mitte fehlt, wird das Format „Volkspartei“ nicht glaubwürdig zu einem historischen Momentum zurückkehren können. Volksparteien in Europa müssen zukunftsgerichtete Ideen diskutieren, die verschiedene Meinungen zu schwierigen Themen für alle öffnen: so zum Beispiel auch David Millers „Schwachen Kosmopolitismus“ mit „Bürgervorrang“<sup>322</sup>, der – wenn auch vielleicht abgeschwächt – ein Teil eines „konstruktiven Nationalismus“ sein kann, auch wenn die Bürger Zentraleuropas Teile davon an ihre eigenen Anforderungen anpassen mögen.

Erneuerte Volksparteien müssen jedenfalls progressive Ideen besser integrieren als bisher. Das sollte nach Möglichkeit in stärkerem institutionellen Austausch mit Ansätzen und Methoden internationaler Organisationen wie UNESCO, UNO oder OECD erfolgen – darunter mit den methodischen Ansätzen der „Futures Literacy“ oder „Zukünftebildung“. Internationale Kontakte mit globalen Institutionen sollten nicht nur Regierungen überlassen werden, sondern verstärkt auch durch Stiftungen und Wissenschaft im Sinne einer Wissenschaftsdiplomatie erfolgen. Schließlich sollten die Volksparteien in ihrer außenpolitischen Ausrichtung auch die neue multipolare Weltordnung als Realität anerkennen – und Europa realistischer als bisher darin verorten. Dabei sollten sie in Übergangs- und Krisenzeiten insbesondere auf das gesteigerte Normalitäts-, Schutz- und Stabilitätsbedürfnis der EU-Bürgerinnen und Bürger eingehen, die

---

322 Bertoncin, Barbara: Cosmopolitismo debole e “Compatriot partiality”. Intervista a David Miller. In: Una città, no. 252/ottobre 2018, <https://www.unacitta.it/it/intervista/2657-cosmopolitismo-debole-e-compatriot-partiality>, abgerufen am: 21.06.2022.

letztlich weniger als 7 % der Weltbevölkerung ausmachen und also ihre Ansprüche reduzieren und in einen grösseren globalen Kontext stellen werden müssen.

Insgesamt benötigt die Selbsterneuerung des Formats „Volkspartei“ den Ausgleich

- *innenpolitisch*: Stärkung des Zentrums der Demokratie durch Verteidigung und Geltendmachung des Gesprächs zwischen dem gesamten politischen Spektrum, nicht nur eines „salonfähigen“ Teils davon;
- *außenpolitisch*: mittels Beiträgen zu verändertem Selbstverständnis und Rolle der offenen Gesellschaften Europas in der Welt. Das schliesst eine „neue Demut“ ebenso ein wie eine neue Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit gegen die Feinde der offenen Gesellschaft, die zahlreicher werden, immer wagemutiger auftreten und in Europa wieder Kriege entfesseln.

Im globalen Zusammenhang werden vor allem Werte – nach Ansicht vieler, darunter der NATO im Juni 2022<sup>323</sup> – angesichts von Krisen und Kriegen in den kommenden Jahren noch deutlich wichtiger für gesellschaftspolitische Vereinbarungen zu Veränderungen. Werte waren seit jeher ein Heimspiel für die politische Mitte. Unter den Werten, um die es in den kommenden Jahren geht, sind individuelle Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte. Das sind ureigenste Themen des politischen Ausgleichs und der kompromissorientierten Konsensfindung, die in der Praxis über die Zukunft der Demokratie mit entscheiden. Die Art und Weise der Betonung dieser Werte ist es letztlich, was Europa zusammenbindet. Deshalb gilt es sie in den Programmen der Mitte noch stärker zu betonen und zu kommunizieren.

Zu alledem sollten stärkere Investitionen in parteieigene Forschungen zur Zukunft politischer Systeme unter Hochtechnologie-Bedingungen sowie zu den Optionen einer neuen Gemeinschaftsorientierung der Parteien unter Einbeziehung der Besonderheiten heutiger Jugend und von Generationendialogen und Geschlechtergerechtigkeit kommen. Besonders letztere beide liegen seit der Coronavirus-Krise brach und bedürfen dringend der Neubelebung.

---

323 Plaumann, Jeanne: Nato-Klartext über Russland: Können Angriff auf Alliierte nicht mehr ausschließen. In: Bild Zeitung, 30.06.2022, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/nato-klartext-ueber-russland-koennen-angriff-auf-allierte-nicht-mehr-ausschlies-80553696.bild.html>.

### *37. Das politische Zentrum der Demokratien behaupten*

Was Europa und auch der deutschsprachige Bereich offener Gesellschaften nun brauchen, ist aber auch eine partei- und vielleicht auch nationenübergreifende neue Einigkeit der politischen Mitte. Ein Haupt-Problem der Post-Merkel-Ära ist, dass sich an nicht wenigen Stellen Radikale für Mitte ausgeben können. Und dass sie, über ihre Vereinnahmung der Mitte, Karriere machen können anstelle derer, die diese Mitte tatsächlich wollen, sie neu mit Leben füllen und verteidigen wollen. Eine Allianz der Mitte-Parteien gegen die Extremen ist schon lange überfällig. Öffentliche Plattformen dafür gilt es zu schaffen. Es geht um eine Solidarisierung der Gemässigten gegen jene, die gegen Mässigung aufrufen. Inter- und trans-parteiliche Foren sind dafür eine geeignete Form. Die Jugendorganisationen der Parteien können hier vorangehen. Sie können auf diesen Foren die Diskussion darüber führen, wie die politische Mitte unter den heutigen Zeitbedingungen neu zu definieren ist.